Russell | Die Zukunft des Pazifismus

[Was bedeutet das alles?]

Bertrand Russell

# Die Zukunft des Pazifismus

Aus dem Englischen übersetzt von Valerie Gföhler

Herausgegeben und mit einem Nachwort
von Olaf L. Müller

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 14353
2023 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen
Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck,
Bergerstraße 3–5, 86720 Nördlingen
Printed in Germany 2023
RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und
RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken
der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart
ISBN 978-3-15-014353-7
www.reclam.de

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C019821

# Inhalt

Die Zukunft des Pazifismus 7

Anhang
Zu dieser Ausgabe 25
Literaturhinweise 26
Vernunft, Mut, Wahrheit und Liebe:
Der Jahrhundertpazifist Bertrand Russell 29
Von Olaf L. Müller
Zum Autor 78

# Die Zukunft des Pazifismus

## Bertrand Russell

Der Begriff »Pazifismus« wird in verschiedenen Bedeutungen verwendet, und bevor hier mit diesem Begriff verbundene grundlegende Probleme diskutiert werden, tun wir gut daran, bestimmte sprachliche Unklarheiten aus dem Weg zu schaffen.

»Absoluter Pazifismus« bezeichnet die Doktrin, dass es unter allen Umständen falsch ist, menschliches Leben – oder sogar Tierleben, zumindest einigen zufolge – zu nehmen. Sie kann auch ein Einspruch gegen jegliche Gewaltanwendung sein, sogar dann, wenn vor dem Töten selbst haltgemacht wird. Diese Doktrin wurde von Tolstoi vertreten und wird von Gandhi hochgehalten. Sie gehörte zu den Glaubenssätzen der Quäker und wird auch nach wie vor von einigen Sekten hochgehalten. Bei den Christen findet sie sich im Gebot »Du sollst nicht töten«. Das Gebot besagt nicht, man müsse nur schlechte Menschen oder nur nach geltendem Gesetz töten oder nur in einem Akt der Verteidigung deines Landes. Es sagt schlicht und einfach »Du sollst nicht töten«. Jene, die die Bibel als das Wort Gottes ansehen, sind daher widersprüchlich, wenn sie bestimmte Arten des Tötens zulassen. Die Bergpredigt verstärkt die Position des

absoluten Pazifismus für jene, deren moralisches System auf der Bibel basiert, indem sie ihnen Widerstandslosigkeit einimpft.

Die Doktrin der Gewaltfreiheit, die in Indien umfassend praktiziert wird, kann auf anderem Boden als dem religiösen verteidigt werden. Unter bestimmten Umständen stellt sie die beste Form der Realpolitik dar. Diese Umstände sind gegeben, wenn eine Partei unbewaffnet und entschlossen ist, während die gegnerische Partei bewaffnet, aber unentschlossen ist. Menschen zu ermorden, die keinen Widerstand leisten, ist eine scheußliche Angelegenheit, und anstatt zu beharren, werden anständige Männer eher nachgeben. Wenn der Feind jedoch entschlossen und gewaltsam ist, ist diese Methode nicht erfolgreich. Die Kirche verfolgte Häretiker und Juden unablässig, selbst dann, wenn sie keinen Versuch des bewaffneten Widerstands unternahmen. Würden die Japaner Indien erobern, so würden sie kurzen Prozess mit jeder Widerstandsbewegung von Gandhis Anhängern machen. Absoluter Pazifismus unterliegt daher als Methode, um die eigenen Ziele zu erreichen, sehr strengen Einschränkungen.

Er kann allerdings auf andere Weise verteidigt werden, nämlich darin, dass die Übel des Kriegs die Übel der Niederlage aufwiegen. Ich selbst hielt an dieser Ansicht in Hinblick auf die meisten, jedoch niemals

in Hinblick auf alle Kriege fest. Ich war der Überzeugung, und bin es immer noch, dass die Schrecken, die mit dem Krieg von 1914 bis 1918 einhergingen, entsetzlicher waren als die Übel, die sich daraus ergeben hätten, dem Kaiser jene Zugeständnisse zu machen, die den Krieg abgewendet hätten. Doch war ich während des letzten Kriegs der Überzeugung und bin es immer noch, dass einige Kriege es wert sind, geführt zu werden. Ich führte damals den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg als Beispiel an, nun sollte ich den gegenwärtigen Krieg hinzufügen.

»Relativer Pazifismus« ist die Doktrin, dass nur *sehr wenige* Kriege es wert sind, ausgetragen zu werden, und die Übel des Kriegs *fast* immer schlimmer sind, als sie den aufgeheizten Bevölkerungen bei Kriegsausbruch erscheinen. Die Doktrin kann weitergehen und dazu mahnen, dass dort, wo Kriege häufig und schwerwiegend sind, ein zivilisiertes und menschenwürdiges Leben kaum fortbestehen kann. Auf dieser Grundlage wird der relative Pazifist betonen, wie wichtig es ist, Mechanismen zu schaffen, mit deren Hilfe sich die Wahrscheinlichkeit minimieren lässt, dass große Kriege eintreten.

Es gibt eine weitere wichtige Unterscheidung, nämlich jene zwischen individuellem und politischem Pazifismus. Der individuelle Pazifist sagt: Unabhängig davon, was meine Regierung mir befehlen mag: Ich

selbst werde nicht kämpfen. Der politische Pazifist zielt im Gegensatz dazu darauf ab, seine Regierung aus einem Krieg herauszuhalten. Einige religiöse Sekten können nicht politische Pazifisten genannt werden, obwohl sie individuelle Pazifisten sind, weil sie es als falsch ansehen, an Politik teilzuhaben. Umgekehrt sehen viele Männer es als ihre Pflicht an, an einem Krieg teilzunehmen, sobald er eingetreten ist, auch wenn sie sich zuvor stark dafür eingesetzt haben, ihr Land daran zu hindern, in den Krieg zu ziehen.

Während wir über die Zukunft des Pazifismus nachdenken, müssen wir unterscheiden, um welche Art von Pazifismus es sich gerade handelt. Ich selbst halte für den nützlichsten Pazifismus – und auch denjenigen, der am wahrscheinlichsten Einfluss haben wird – den relativen politischen Pazifismus. Entsprechend dieser Ansicht gibt es Gründe, wenn auch nur sehr wenige, für die es sich zu kämpfen lohnt. Doch was auch immer der Grund und wie gerechtfertigt der Krieg auch sein mag, bringt Krieg derart große Übel mit sich, dass es von immenser Wichtigkeit ist, andere Wege als Krieg zu finden, um die Dinge, für die es sich zu kämpfen lohnt, zu sichern. Meiner Meinung nach ist es wert, zu kämpfen, um zu verhindern, dass England und Amerika von den Nazis erobert werden, doch wäre es viel besser, dieses Ziel könne ohne Krieg erreicht werden.

Dafür sind zwei Dinge notwendig. Erstens, die Schaffung einer internationalen Regierung, die ein Monopol über die Streitkräfte besitzt und jedem Land die Freiheit sichert, vor Angriffen bewahrt zu werden. Zweitens, Kriege (außer Bürgerkriege) sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie zur Verteidigung des von einer Weltregierung etablierten internationalen Rechts dienen. (Die Frage der Bürgerkriege weist besondere Schwierigkeiten auf, zu denen ich gleich kommen werde.) Wenn eine solche Weltregierung erst einmal aufgestellt wäre, würde es ein klares Kriterium dafür geben, welche Kriege unterstützt werden sollten.

In der Zwischenzeit sind wir, solange noch keine Weltregierung existiert, dazu angehalten, ein anderes Kriterium zu suchen. Wir können nicht einfach sagen, dass wir jene Seite unterstützen, die im Falle eines Sieges am ehesten eine Weltregierung aufstellen würde. Hitler würde, im Falle eines Sieges, Weltherrscher werden, doch würde uns seine Regierung missfallen, wie weit auch immer ihr Machtbereich ausgedehnt wäre. Die Weltregierung muss sich auf Gerechtigkeit gründen, auf Respektierung von nationaler Freiheit innerhalb der Grenzen, die die Existenz einer Weltregierung zulässt, und in der Bestrebung, die durch Ungerechtigkeit hervorgebrachten Ressentiments zu vermeiden, die eine Rebellion gegen die

Weltregierung fördern könnten. Wir sollten nicht auf irgendeine beliebige Weltregierung hinarbeiten, sondern auf eine Weltregierung, die diese Ziele im Auge behält. Sollte dieses Ziel durch einen Sieg der Alliierten umgesetzt werden können, würde dies einen entscheidenden Grund dafür liefern, diese zu unterstützen. Doch selbst wenn am Ende des Kriegs keine Weltregierung gebildet werden sollte, betrachte ich den Krieg dennoch aufgrund seines Motivs, Tyrannei und Angriff zu widerstehen, als gerechtfertigt. Die Folgen unseres Sieges sind wohl selbst im schlimmsten Fall bei Weitem nicht so schädlich wie ein Sieg der Nazis und der japanischen Militaristen.

Der politische Pazifist wird sagen: Es ist wichtig, Kriege zu verhindern, doch können sie nicht dadurch verhindert werden, dass einfach nur eine Weigerung kundgetan wird, in den Krieg zu ziehen. Das war der Fehler, den die Anhänger der Appeasement-Politik und des Isolationismus in Großbritannien bzw. Amerika machten. Das Ergebnis war eine stetige Zunahme der Kriegsprovokationen, bis diese Provokationen schließlich unerträglich wurden und der Krieg ausbrach. Wenn Krieg verhindert werden soll, dann muss es eine klar ausgedrückte Bereitschaft geben, für die richtigen, jedoch für keine anderen Ziele außer diesen in den Krieg zu ziehen. Diese Ziele sollten der Widerstand gegen Angriffe überall und gegen je-

den sein, und sobald als möglich sollte dieser Zweck eine angemessene Organisation in einer Weltregierung erhalten. Es wird nur dann weniger Kriege geben, wenn es jenseits jeglichen berechtigten Zweifels offenkundig wird, dass, in welchem Krieg auch immer, die angreifende Partei am Ende zerschlagen werden wird.

Die Frage des Bürgerkriegs (und das schließt Revolution mit ein) bleibt noch unbehandelt. Die Einstellung der Vereinigten Staaten zu diesem Thema ist einigermaßen sonderbar. Deren Regierung ist auf dem Widerstandsrecht gegründet. Selbst die D. A. R.[1] bezeugt, wie der Name nahelegt, dass es einst eine gerechtfertigte Revolution gab. Diese Lehre lässt sich jedoch nur auf die Vergangenheit anwenden. In der Gegenwart ist kein Fremder zur Einbürgerung zugelassen, außer er ist gewillt, zu schwören, dass er gegen den Sturz jeder Regierung – sogar jener Hitlers – durch Zwang und Gewalttätigkeit ist. Zugleich muss er schwören, dass er Zwang und Gewalt anwenden wird, um eine Regierung zu stürzen, wenn die Regie-

1 Anm. d. Übers./Hrsg.: *D. A. R.:* Daughters of the American Revolution (›Töchter der Amerikanischen Revolution‹), eine Frauenvereinigung in den USA, die das Erbe der amerikanischen Revolution von 1776 unter dem Motto »God, Home, and Country« (›Gott, Heimat und Vaterland‹) hochzuhalten versucht.

rung der Vereinigten Staaten Amerikas dies von ihm verlangt. Somit sind alle Immigranten per Gesetz dazu gezwungen, einen Meineid zu begehen.

Das Recht auf Widerstand war und ist unter bestimmten Umständen immer noch ein wichtiges Recht. Wir sollten alle froh darüber sein, wenn wir eine Revolution gegen die Nazis in Deutschland oder gegen Vichy in Frankreich erleben sollten. Äußerst wenige Menschen würden daran festhalten, dass Frankreich noch unter der Herrschaft der Bourbonen oder Russland unter der der Romanows verbleiben sollten, und doch hätte man sich außer durch eine Revolution ihrer nicht entledigen können. Zugleich gibt es sowohl schlechte als auch gute Revolutionen; Mussolini, Hitler und Franco liefern den sichtbaren Beweis dafür. Eine Weltregierung wäre in ihrer Rolle nicht zufriedenstellend, ließe sie faschistische Aufstände in den verschiedenen Ländern zu, über die sie nominale Herrschaft hat. Meiner Meinung nach können wir durchaus behaupten, dass eine gerechtfertigte Revolution die Unterstützung der Mehrheit hat, während eine ungerechtfertigte eine Tyrannei der Wenigen anstrebt. In diesem Fall kann die Notwendigkeit, eine Revolution zuzulassen, umgangen werden, indem ein Mechanismus geschaffen wird, der eine Änderung der Regierungsform ermöglicht, sollte diese von der Mehrheit in einer von der Weltre-

gierung durchgeführten Volksabstimmung verlangt werden. Eine solche Volksabstimmung sollte dann stattfinden, wenn nach ihr verlangt wird. Andernfalls ist es sehr wahrscheinlich, dass es zu einer Revolte kommt. Angesichts einer solchen Regelung hätte die Weltregierung sowohl das Recht als auch die Verpflichtung dazu, Revolutionen zu verbieten.

Es bleibt jedenfalls ein schwieriges Problem bestehen, mit dem eine Weltregierung umzugehen haben wird. Ich meine das Problem der Minderheiten. Dieses Problem zeigt sich in zwei Formen, je nachdem, ob die betreffende Minderheit geographisch konzentriert ist oder nicht. Sollte dies der Fall sein, ist das Problem relativ einfach zu lösen. Ihm kann damit begegnet werden, dass der Minderheitengruppe eine lokale Autonomie oder, falls notwendig, eine Quasiunabhängigkeit gewährt wird. Vor 1922 bildeten die Iren in Großbritannien eine Minderheitengruppe. Sie hatten dasselbe Recht, zu wählen und Mitglieder ins Parlament zu entsenden, wie es anderen Bürgern zustand, doch da ihre gewählten Repräsentanten fast immer in der parlamentarischen Minderzahl waren, war dieser Rechtsanspruch mehr oder weniger illusorisch. Diesem Problem wurde damit begegnet, dass der Staat Eire begründet wurde. Im Grunde wird das gleiche Problem in Indien aufkommen, sobald Indien Freiheit erlangt haben wird. Die Muslime bilden eine Minder-